

Unselbständiger Entschließungsantrag

der Abgeordneten Julia Herr,
Genossinnen und Genossen

betreffend Green New Deal – sozial gerechte Wärmewende

eingebraucht im Rahmen der Debatte über den Bericht des Umweltausschusses über die Regierungsvorlage (1328 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Umweltförderungsgesetz geändert wird (1358 d.B.)

Mit der Novelle des Umweltförderungsgesetzes werden gesetzliche Grundlage für den Datenzugang der Länder geschaffen, die für die Abwicklung der bereits bestehenden speziellen Förderung einkommensschwacher Haushalte in Zusammenhang mit Heizungstausch und Thermischer Sanierung stehen. Die im Oktober 2020 beschlossene Regelung ist mit Jänner 2022 endlich umgesetzt worden und ermöglicht eine Förderung von bis zu 100% bei Haushalten mit geringem Einkommen.

Im Zuge des Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes plant die Regierung einen verpflichtenden Austausch von Öl- und Gaskesseln. Dabei ist laut aktuellen Zahlen der ÖGUT zufolge mit Kosten von bis zu 30.000 Euro¹ zu rechnen.

Es ist völlig klar, dass solche Kosten für einkommensschwache Haushalte eine unüberwindbare Hürde darstellen.

Während laut dem Regierungsprogramm bis 2035 alle Ölkessel ausgebaut sein sollen, ist die Förderung für einkommensschwache Haushalte derzeit aber nur bis 2025 vorgesehen.

Die LandesenergiereferentInnenkonferenz hat im September 2021 dazu festgehalten, dass eine langfristige Finanzierung zur sozialen Abfederung ordnungspolitischer Maßnahmen erforderlich ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

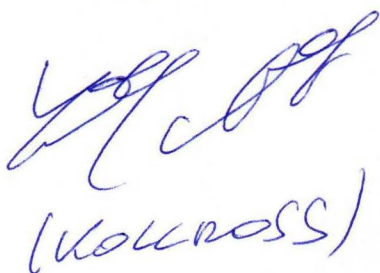
Der Nationalrat wolle beschließen:

¹ <https://oegut-blog.at/2022/01/24/kein-ol-mehr-ins-feuer-giesen/>

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie sowie der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, umgehend eine langfristige Finanzierung der sozialen Abfederung des Heizungstausches sicherzustellen.“


(SCHÖBERL)


(HERR)


(KOLLER)


(HEEK)


(LAIMER)

